

**POLITIK SOZIALES INTERNATIONALES**

Interview

22.09.2009 · Nr. 7786

**„So muss Krieg aussehen“**



*Gibt es Ihrer Meinung nach auch Mängel in der Fristenlösung, die man verbessern muss?*

Fiala: Wir neigen dazu, dass wir Vergangenes rasch vergessen. Das ist manchmal gut, aber oft gehen dabei die Zusammenhänge verloren. Gerade beim Schwangerschaftsabbruch ist das ein Drama. Wir vergessen, wie das Leben früher war. Primär für die Frauen, aber auch für uns Männer. Wir sind ja mitten dabei und abhängig von der Gesundheit von Frauen. Das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs hat seine Wurzel in Monarchien, Diktaturen und kriegsführenden Staaten. Diese Regierungsformen haben Verhütung und

Schwangerschaftsabbruch verboten, weil sie Kriege geführt und Nachwuchs gebraucht haben. Leider gibt es immer noch Überbleibsel dieses mittelalterlichen Gedankenguts. z.B., dass der Schwangerschaftsabbruch überhaupt noch im Strafgesetz ist. In Kanada zum Beispiel gibt es seit 1988 überhaupt kein Gesetz mehr dazu. Die Erfahrungen dort zeigen, dass man das nicht braucht. So wie es kein Gesetz zum Kaiserschnitt oder sonstigen Operationen gibt.

Wir müssen uns von diesen mittelalterlichen, brutalen diktatorischen Denkstrukturen lösen, die die Bevormundung von Frauen in ihrer Fruchtbarkeit zum Ziel hatten. Da gibt es noch einiges zu tun, den Paaren und Frauen ihre vollständige Autonomie zu geben. Ich denke an religiöse Fanatiker, die Frauen vor Kliniken wie Freiwild behandeln und wo quasi jeder Dahergelaufene den Frauen nachstellen darf und sie beleidigen darf und das vom Gesetzgeber toleriert wird. Das ist eine unhaltbare Situation. Es ist auch nötig, dass wir Verhütung und Schwangerschaftsabbruch selbstverständlich auf Krankenschein anbieten. Wenn es uns ernst ist, dass wir die Häufigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen reduzieren wollen, müssen wir die Prävention verbessern. Im Straßenverkehr zeigt die öffentliche Hand unglaubliches Engagement, um Unfälle zu vermeiden: Vom Führerschein über die Gurtpflicht, die Kontrollen und die Geschwindigkeitsbegrenzungen. In ähnlicher Weise müsste sich der Staat in der Prävention ungewollter Schwangerschaften engagieren und nicht wie so tun, als ob das Privatangelegenheit wäre. Bei der Sexualität geht das nicht mit Strafmaßnahmen, aber man kann Bewusstsein schaffen, wirtschaftliche Barrieren beseitigen und den Zugang zu Verhütungsmitteln verbessern.

*Was halten Sie von Forderungen nach einer dreitägigen Bedenkzeit, wie sie von der ÖVP lanciert werden?*

Fiala: Das sind Projektionen von beruflich Unerfahrenen. Das sind ideologisch begründete Aussagen. Man sagt ja auch nicht: Journalisten schreiben oft Dinge, die sich als unrichtig herausstellen. Man sollte Journalisten eine dreitägige Bedenkzeit geben, bevor sie einen Artikel schreiben oder veröffentlichen dürfen. Oder angesichts der vielen Scheidungen fordert niemand eine Bedenkfrist vor Trauungen. Oder vielleicht will man das bei künstlichen Befruchtungen oder spontanen Schwangerschaften einführen? Wenn man diese Logik weiterspinn, merkt man: Solche Forderungen sind absurd und lächerlich. Die Tatsache, dass diese Forderung ausschließlich zum Schwangerschaftsabbruch erhoben wird, zeigt, in welchem Ausmaß wir immer noch in einer Doppelmoral befangen sind, dass Frauen mit einer ungewollten Schwangerschaft nicht für voll genommen werden. Das ist eine massive Beleidigung der betroffenen Frauen. Das heißt doch: Frauen können nicht selbstständig denken. Das sollten sich Frauen nicht gefallen lassen.

*Würden Sie sich eine stärkere politische Rückendeckung wünschen?*

Fiala: Es geht um eine brutale Bevormundung. Bischof Laun hat klargemacht worum es geht. Er sagt: Erst wenn die Fristenlösung abgeschafft wird, ist Österreich wieder ein Rechtsstaat. Ziel dieser Leute und der katholischen Kirche ist, dieses mittelalterliche Gedankengut wieder einzuführen. Da ist eine stärkere Mobilisierung gefordert, auch politisch, aber nicht nur ausgehend von den etablierten Organisationen. Jeder einzelne ist gefordert zu überlegen, ob er die Vergangenheit zurück möchte. Wenn ich denke, dass jedes Jahr 40-50.000 Menschen aus der Kirche austreten, frage ich mich, wo diese Menschen sind angesichts dieser klar formulierten Drohung. Wir können nicht sagen, wir hätten nicht gewusst, worum es geht.

*Befürworten Sie Schutzzonen und Bannmeilen um Einrichtungen wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden?*

Fiala: Es ist hoch an der Zeit, dass die Politik diesen Psychoterror gegenüber Frauen beendet. Es gibt einen Konsens in unserer Gesellschaft, dass die Freiheit des einzelnen dort endet, wo die Freiheit eines anderen berührt wird. Es gibt auch einen Konsens, dass es staatliche Zwangsmaßnahmen geben muss gegen Menschen, die die Grenzen anderer nicht respektieren. Ich denke an psychisch Kranke oder an religiöse Fanatiker. Frauen, die ungewollt schwanger sind, sind in einer Krisensituation. Es ist notwendig, diesen Frauen einen ungehinderten Zugang zu Hilfe zu gewährleisten und sie vor psychischer Gewalt zu schützen. Solche Gesetze gibt es in Frankreich oder Kanada. Sie haben gezeigt: Wenn die Fanatiker nicht mehr vor den Einrichtungen stehen, beruhigt sich die ganze Situation.

*Danke für das Gespräch.*